

Stefanie Zugelder

Die Satzungsgestaltung bei der Europäischen Privatgesellschaft



Nomos

Studien zum Gesellschaftsrecht

herausgegeben von

Prof. Dr. Ulrich Haas

Prof. Dr. Detlef Kleindiek

Prof. Dr. Christoph Teichmann

Band 18

Stefanie Zugelder

Die Satzungsgestaltung bei der Europäischen Privatgesellschaft



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-7768-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-2175-2 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Diese Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde für die Drucklegung zuletzt im Februar 2020 überarbeitet.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Christoph Teichmann, für die Idee zu diesem Thema, die konstruktive Begleitung des Promotionsvorhabens und die wertvollen Diskussionen zu Aufbau und Inhalt der Arbeit.

Herrn Professor Dr. Peter Limmer möchte ich herzlich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens danken.

Danken möchte ich außerdem den Herausgebern der Reihe „Studien zum Gesellschaftsrecht“, Herrn Professor Dr. Christoph Teichmann, Herrn Professor Dr. Ulrich Haas sowie Herrn Professor Dr. Detlef Kleindiek, für die Aufnahme in die Schriftenreihe.

Ein ganz besonderer Dank gilt schließlich meiner Familie, die mir stets zur Seite stand, mich unterstützt und motiviert hat.

Frankfurt am Main, im Juli 2020

Stefanie Thea Zugelder

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	17
A. Einleitung	21
B. Historie	23
I. Bedeutung der KMU in Europa und KMU-Politik der EU	23
II. Bedürfnis einer supranationalen Gesellschaftsform für KMU und Anfänge der Überlegungen zur SPE	26
III. Der Kommissionsentwurf 2008	31
IV. Der Entwurf des Europäischen Parlaments 2009	32
V. Entwürfe der Präsidenschaften des Rats der Europäischen Union	32
VI. Weitere Entwicklung und aktueller Stand	34
C. Wesen und Regelung der Europäischen Privatgesellschaft	41
I. Rechtsgrundlage, Vorteile und Alternativen zu einer supranationalen „Europa-GmbH“	41
II. Rechtsnatur und Strukturmerkmale einer Europäischen Privatgesellschaft	64
III. Rechtsquellen und Normenhierarchie	99
IV. Auslegung der Verordnung / Umgang mit Regelungslücken	117
D. Die Satzung einer Europäischen Privatgesellschaft	137
I. Zwingender Satzungsinhalt und System der Regelungsaufträge	137
II. Reichweite der Satzungsautonomie	151
III. Mustersatzungen	156
IV. Auslegung der Satzung / Umgang mit Regelungslücken	166
V. Inhaltskontrolle der Satzung	179
VI. Zuständigkeit für Auslegung und Inhaltskontrolle der Satzung	185

Inhaltsübersicht

VII. Formerfordernisse	186
VIII. Satzungsänderungen	187
E. Einzelne Vorschläge für die Gestaltung der Satzung	190
I. Zwingender Satzungsinhalt	190
II. Fakultativer Satzungsinhalt gemäß Anhang I	239
III. Sonstiger fakultativer Satzungsinhalt	380
F. Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse	430
Literaturverzeichnis	437

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
A. Einleitung	21
B. Historie	23
I. Bedeutung der KMU in Europa und KMU-Politik der EU	23
II. Bedürfnis einer supranationalen Gesellschaftsform für KMU und Anfänge der Überlegungen zur SPE	26
III. Der Kommissionsentwurf 2008	31
IV. Der Entwurf des Europäischen Parlaments 2009	32
V. Entwürfe der Präsidenschaften des Rats der Europäischen Union	32
VI. Weitere Entwicklung und aktueller Stand	34
C. Wesen und Regelung der Europäischen Privatgesellschaft	41
I. Rechtsgrundlage, Vorteile und Alternativen zu einer supranationalen „Europa-GmbH“	41
1. Rechtsgrundlage	41
2. Vorteile einer supranationalen Gesellschaftsform	44
3. Alternativen zu einer Europäischen Privatgesellschaft	50
a) Nationale Gesellschaftsformen / Zweigniederlassungen	50
b) Supranationale Gesellschaftsformen	54
c) Societas Unius Personae (SUP)	55
4. Einführung der SPE-Verordnung im Wege eines Verfahrens der „Verstärkten Zusammenarbeit“	60
5. Zusammenfassung	63
II. Rechtsnatur und Strukturmerkmale einer Europäischen Privatgesellschaft	64
1. Konzeption	65
2. Grenzüberschreitender Bezug	65
3. Gründung	72
4. Sitz und Sitzaufspaltung	77

Inhaltsverzeichnis

5. Kapitalverfassung	82
a) Mindestkapital	83
b) Kapitalaufbringung	86
c) Ausschüttungen / Kapitalherabsetzungen	87
d) Rechnungslegung	89
e) Problematik eines unionsweit einheitlichen Gläubigerschutzsystems	89
6. Geschäftsanteile	91
7. Organisationsverfassung	93
8. Arbeitnehmermitbestimmung	96
9. Zusammenfassung	98
III. Rechtsquellen und Normenhierarchie	99
1. Auf die SPE anwendbares Recht	99
2. Umfang und Anwendbarkeit der Verweise auf nationales Recht	108
a) Umfang der Verweisungsnormen	108
b) Auswirkung des Umfangs auf die Anwendbarkeit der Verweisungsnormen	112
3. Zusammenfassung	116
IV. Auslegung der Verordnung / Umgang mit Regelungslücken	117
1. Lückenschließung	117
2. Auslegung der Verordnung	128
3. Gerichtliche Zuständigkeit	133
4. Zusammenfassung	136
D. Die Satzung einer Europäischen Privatgesellschaft	137
I. Zwingender Satzungsinhalt und System der Regelungsaufträge	137
1. Zwingender Satzungsinhalt	137
2. Fakultativer Satzungsinhalt	138
3. Bewertung	141
4. Rechtsfolgen bei Fehlen einer zwingenden Regelung	147
5. Zulässigkeit von Geschäftsordnungen	149
6. Zusammenfassung	150
II. Reichweite der Satzungsautonomie	151
III. Mustersatzungen	156
1. Vorteile von Mustersatzungen	158

2. Schwierigkeiten bei der Umsetzung und Nachteile einer Mustersatzung	160
3. Ergebnis	165
IV. Auslegung der Satzung / Umgang mit Regelungslücken	166
1. Lückenschließung	166
a) Regelungslücken im Bereich des Art. 8 Abs. 1 SPE-VOE-U	167
b) Regelungslücken im Bereich der fakultativen Regelungsaufträge	169
2. Satzungsauslegung	173
3. Zusammenfassung	179
V. Inhaltskontrolle der Satzung	179
VI. Zuständigkeit für Auslegung und Inhaltskontrolle der Satzung	185
VII. Formerfordernisse	186
VIII. Satzungsänderungen	187
E. Einzelne Vorschläge für die Gestaltung der Satzung	190
I. Zwingender Satzungsinhalt	190
1. Firma der SPE und Anschrift ihres Sitzes	190
a) Firma	190
b) Sitzungssitz	193
2. Unternehmenszweck oder Geschäftstätigkeit	194
3. Geschäftsjahr der SPE	197
4. Kapital der SPE	199
5. Gesamtzahl der Geschäftsanteile und ihr Nennwert	201
6. An die Geschäftsanteile geknüpfte geldliche und nicht geldliche Rechte sowie mit den Geschäftsanteilen verbundene Verpflichtungen	202
a) Umfang und Reichweite des Art. 8 Abs. 1 lit. ea) SPE-VOE-U	203
b) Stimmrecht	209
c) Teilnahme- und Rederechte	214
d) Gewinnbezugsrecht / Recht auf Zahlung eines Liquidationsüberschusses	216
e) Zahlung der Einlage	217
f) Informationsrecht / Minderheitenrechte	218
(1) Informationsrecht	218

Inhaltsverzeichnis

(2) Recht auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung / Ausarbeitung einer Beschlussvorlage	219
g) Bestell- und Vorschlagsrechte	220
7. Gattungen von Geschäftsanteilen und Zahl der Anteile in jeder Gattung	222
8. Art des Geschäftsführungsorgans, Vorhandensein eines Aufsichtsorgans und Zusammensetzung dieser Gremien	227
a) Art des Geschäftsführungsorgans	227
b) Vorhandensein eines Aufsichtsorgans	228
c) Zusammensetzung der Organe	230
9. Höhe des bei der Gründung einzuzahlenden Stammkapitals	232
10. Namen und Anschriften der Gründungsgesellschafter, Anzahl der von jedem Gründungsgesellschafter gezeichneten Geschäftsanteile und gegebenenfalls die Gattung der betreffenden Anteile	233
11. Höhe der von jedem Gründungsgesellschafter zu leistenden Bareinlage	234
12. Wert und Art jeder von jedem Gründungsgesellschafter zu leistenden Sacheinlage	236
13. Namen, Anschriften sowie alle sonstigen erforderlichen Angaben zu den Personalien des oder der ersten Geschäftsführer(s) sowie gegebenenfalls des oder der ersten Abschlussprüfer(s)	239
II. Fakultativer Satzungsinhalt gemäß Anhang I	239
1. Zeitraum, für den die SPE gegründet wird	239
2. Unterteilung, Konsolidierung oder Neudenominierung der Geschäftsanteile	241
a) Teilung und Zusammenlegung von Geschäftsanteilen	241
b) Neudenominierung von Geschäftsanteilen	246
3. Einschränkungen und Verbot der Übertragbarkeit der Geschäftsanteile	247
a) Rechtslage nach dem Verordnungsentwurf	247
b) Regelungsmöglichkeiten in der Satzung der SPE	249
c) Vinkulierungsklauseln	251
d) Regelungen zur Vererblichkeit von Geschäftsanteilen	262
e) Vorkaufs- und sonstige Erwerbsrechte	267
f) Mitverkaufsrecht und Mitverkaufsverpflichtung	270
g) Änderungen von Übertragungsbeschränkungen	271

h) Zusammenfassung	272
4. Bewertung von Sacheinlagen	273
5. Zeitpunkt, zu dem die Bareinlagen zu leisten sind	278
6. Zwischendividenden	280
7. Erwerb, Übertragung und Löschung eigener Geschäftsanteile	282
a) Verordnungsregelungen	282
b) Regelungsmöglichkeiten in der Satzung der SPE	283
(1) Erwerb eigener Anteile	284
(2) Übertragung und Löschung eigener Anteile	287
8. Kapitalerhöhungen	289
a) Verordnungsregelungen	289
b) Regelungsmöglichkeiten in der Satzung der SPE	291
c) Zusammenfassung	297
9. Verfahren für die Vorlage und Fassung von Gesellschafterbeschlüssen	298
a) Verfahren für die Vorlage von Gesellschafterbeschlüssen	299
b) Verfahren für die Fassung von Gesellschafterbeschlüssen	301
(1) Verordnungsbestimmungen	301
(2) Regelungsmöglichkeiten in der Satzung einer SPE	303
c) Zusammenfassung	306
10. Von den Gesellschaftern zusätzlich zu den in Art. 28 Abs. 1 genannten zu fassende Beschlüsse, Beschlussfähigkeit und erforderliche Stimmrechtsmehrheit	307
a) Zusätzliche Kompetenzen der Gesellschafterversammlung	307
(1) Regelungsmöglichkeiten	309
(2) Insbesondere: Weisungsrecht der Gesellschafter	313
(3) Zustimmungsvorbehalte	318
(4) Zusammenfassung	319
b) Beschlussfähigkeit	320
c) Stimmrechtsmehrheit	321
11. Kommunikationsmittel zwischen der SPE und ihren Gesellschaftern	326
12. Frist sowie Art und Weise, in der die Gesellschafter über Beschlussvorlagen und Punkte auf der Tagesordnung der SPE zu informieren sind	327

Inhaltsverzeichnis

13. Art und Weise, in der Gesellschaftern der Text von Gesellschafterbeschlüssen und Abstimmungsergebnisse zur Verfügung gestellt werden müssen	329
14. Art und Weise der Einberufung der Gesellschafterversammlung, Arbeitsmethoden und Regeln für die Abstimmung per Stimmrechtsvertretung	330
a) Einberufung einer Gesellschafterversammlung	331
b) Arbeitsmethoden	337
c) Abstimmung per Stimmrechtsvertretung	341
15. Verfahren und Fristen für die Beantwortung von Informationsanfragen der Gesellschafter durch die SPE	343
16. Etwaige Auswahlkriterien für Geschäftsführer	347
17. Etwaige Verfahren für die Bestellung oder die Abberufung von Geschäftsführern	348
a) Verordnungsregelungen und Regelungsmöglichkeiten in der Satzung der SPE	349
(1) Zuständigkeit für die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern	349
(2) Anstellung und Entlassung von Geschäftsführern	351
(3) Bekanntgabe eines Bestellungs- bzw. Abberufungsbeschlusses	352
(4) Bestellung eines Geschäftsführers durch die Satzung	354
(5) Sonstige formale Aspekte	355
b) Zusammenfassung	358
18. Abschlussprüfer der SPE in den Fällen, in denen das maßgebende einzelstaatliche Recht der SPE keinen Abschlussprüfer vorschreibt, und, sofern die Satzung einen solchen vorsieht, das Verfahren für seine Bestellung, seine Abberufung und seinen Rücktritt	359
19. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen, etwaige Genehmigungspflicht solcher Geschäfte und Genehmigungsverfahren	362
a) Regelungen im Kommissionsentwurf	363
b) Nationales Recht	365
c) Regelungsmöglichkeiten in der Satzung der SPE	368
d) Zusammenfassung	371
20. Kapitalherabsetzungen	371
21. Zugang der Gesellschafter zu den Dokumenten der SPE	373

22. Verfahren zur Beantragung eines Beschlusses, wenn das Geschäftsführungsorgan nach einem Antrag gemäß Artikel 30 Absatz 1 keine Beschlussvorlage ausarbeitet	378
23. Verfahren für die Einberufung einer Gesellschafterversammlung, wenn das Geschäftsführungsorgan nach einem Antrag gemäß Artikel 30 Absatz 2 keine Versammlung einberuft	379
III. Sonstiger fakultativer Satzungsinhalt	380
1. Abweichungen von dispositivem Recht der Verordnung	381
a) Vertretung der SPE	381
b) Zuständigkeit für die Bestellung von Geschäftsführern, Art. 28 Abs. 1 lit. i) SPE-VOE-U	384
2. Sonstige Bestimmungen aufgrund Verordnungsermächtigung	386
3. Sonstige Bestimmungen nach nationalem Recht	388
a) Einrichtung gesellschaftsrechtlicher Gremien / Organisation von Organen	389
(1) Einrichtung gesellschaftsrechtlicher Gremien	389
(2) Interne Organisation und Aufgaben zwingender und fakultativer Gesellschaftsorgane	391
b) Konfliktvermeidungsmechanismen	393
c) Stimmrechtsausschlüsse	396
d) Beschlussanfechtung	397
e) Inschlaggeschäfte / Interessenkonflikte	400
f) Bildung von Rücklagen / Ergebnisverwendung	402
g) Ankaufsrechte / Put Optionen / Mitveräußerungsklauseln	406
h) Führung des Verzeichnisses der Gesellschafter	408
i) Austrittsrechte der Gesellschafter	410
j) Ausschließung von Gesellschaftern	414
k) Einziehungsklauseln	416
l) Wettbewerbsverbote	419
m) Liquidation der Gesellschaft	423
n) Auslegung der Satzung / Lückenfüllung	425
o) Schiedsklauseln	426
p) Salvatorische Klausel	428
F. Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse	430
Literaturverzeichnis	437

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AG	Die Aktiengesellschaft, Zeitschrift
AktG	Aktiengesetz
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Betriebs-Berater, Zeitschrift
Bd.	Band
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Begr.	Begründer
BFH	Bundesfinanzhof
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BR-Drucks.	Drucksache des Bundesrats
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages
bzw.	beziehungsweise
CA 1985	Britischer Companies Act vom 11. März 1985
CA 2006	Britischer Companies Act vom 8. November 2006
DB	Der Betrieb, Zeitschrift
d.h.	das heißt
dies.	dieselben
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift

Abkürzungsverzeichnis

DStR	Deutsches Steuerrecht, Zeitschrift
EBOR	European Business Organization Law Review, Zeitschrift
ECFR	European Company and Financial Law Review, Zeitschrift
ECL	European Company Law, Zeitschrift
ECLR	European Commercial Law Review, Zeitschrift
EG	Europäische Gemeinschaft
EG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EPG	Europäische Privatgesellschaft
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht, Zeitschrift
EURL	Entreprise unipersonnelle à responsabilité limitée
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWIV-Verordnung	Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV), ABl. Nr. L 199 vom 31.07.1985, S. 1
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht, Zeitschrift
f./ff.	Folgende
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GesRZ	Der Gesellschafter, Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GLJ	German Law Journal
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau, Zeitschrift
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht, Zeitschrift
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
IAS	International Accounting Standard

IJBSS	International Journal of Business and Social Science
IJHSS	International Journal of Humanities and Social Science
insb.	insbesondere
IntVG	Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Integrationsverantwortungsgesetz)
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter, Zeitschrift
JuS	Juristische Schulung, Zeitschrift
Kap.	Kapitel
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht, Zeitschrift
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern, Zeitschrift
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer, Zeitschrift
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen vom 23. Oktober 2008, BGBl. I S. 2026
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OLG	Oberlandesgericht
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdA	Recht der Arbeit, Zeitschrift
Red.	Redaktion
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft, Zeitschrift
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger, Zeitschrift
Rs.	Rechtssache
S.	Seite
SARL	Société à responsabilité limitée

Abkürzungsverzeichnis

SAS	Société par actions simplifiée
SCE	Societas Cooperativa Europaea (Europäische Genossenschaft)
SCE-Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der europäischen Genossenschaft (SCE), ABl. Nr. L 207 vom 18.08.2003, S. 1
SE	Societas Europaea (Europäische Gesellschaft)
SE-Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), ABl. Nr. L 294 vom 10.11.2001, S. 1
Slg.	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des EuGH
SPE	Societas Privata Europaea (Europäische Privatgesellschaft)
SPE-VOE-U	Entwurf der ungarischen Ratspräsidentschaft vom 23. Mai 2011 für eine Verordnung des Rates über die Europäische Privatgesellschaft (Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Europäische Privatgesellschaft – Politische Einigung, 23.05.2011, 2008/0130 (CNS), 10611/11, DRS 84, SOC 432)
s.r.l.	Società a responsabilità limitata
SUP	Societas Unius Personae
Tz.	Textziffer
UmwG	Umwandlungsgesetz
vgl.	vergleiche
WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das Gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik